

---

**Gegenstand: Niederschrift vor Eintritt in die Tagesordnung**

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird Tagesordnungspunkt 7 als Punkt 1 zur Beratung in öffentlicher Sitzung vorgezogen.

**Gegenstand: Anfrage der LUFA Speyer zur Durchführung von Sortenversuchen mit gentechnisch verändertem Mais im Bereich Rinkenberger Hof**  
**Vorlage: 0190/2006**

Zum Einstieg in die Diskussion übergibt der Vorsitzende das Wort an Herrn Prof. Dr. Wiesler von der LUFA.

Dieser führt aus, dass die LUFA seit vielen Jahren Wertprüfungen am Rinkenbergerhof, auf dem Grundstück der Bürgerhospitalstiftung, im Auftrag des Bundessortenamtes durchführt. Innerhalb dieser Wertprüfungen werden verschiedene Sorten auf Eigenschaften wie z.B. Standfestigkeit und Krankheitsanfälligkeit untersucht. Die Ergebnisse gehen dann in die Beschreibung der Sortenliste des Bundessortenamtes ein. Dies ermöglicht die Auswahl der Maissorten, die für die Umweltbedingungen der jeweiligen Standorte am besten geeignet sind.

Auch im Bereich des Rinkenbergerhofs soll nun wieder eine solche Wertprüfung durch die LUFA, im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und des Bundessortenamtes, durchgeführt werden.

Unter den 33 zu prüfenden Sorten befinden sich maximal 5 gentechnisch veränderte Maissorten (MON 810), die in Deutschland bereits zugelassen sind. Die gentechnisch veränderten Maissorten sind resistent gegen den Maiszünsler, den größten Maisschädling in unserem Gebiet.

Herr Prof. Dr. Wiesler betont, dass es sich bei der Arbeit der LUFA nicht um gentechnische Veränderungen selbst, sondern lediglich um traditionelle Wertprüfungen handelt, von deren Unbedenklichkeit die LUFA überzeugt ist.

Herr Schütt weist darauf hin, dass in einigen EU- Ländern die gentechnisch veränderte Maissorte MON 810 noch nicht zugelassen ist. Weiterhin möchte er wissen, ob das veränderte Gen neben dem Maiszünsler auch anderen Schmetterlingsarten schadet und verweist auf entsprechende Studien. Er erkundigt sich nach eventuellen Sicherheitsmaßnahmen, die ergriffen werden, um ungewollte Kreuzungen in der Natur zu vermeiden.

Herr Prof. Dr. Wiesler erklärt hierzu, dass der gentechnisch veränderte Mais auf vergleichsweise kleinen Parzellen angebaut wird und die notwendigen Sicherheitsabstände zu den konventionellen Maissorten eingehalten werden. Auf diese Weise ist eine Auskreuzung des gentechnisch veränderten Mais' in die Nachbarbestände so gut wie ausgeschlossen, da dieser sich aufgrund seines Pollen-Gewichtes nur über kurze Distanzen auf dem Luftweg verbreitet, anders als beispielsweise beim Raps, dessen Pollen sich durch Insekten über größere Distanzen verbreiten kann.

Die Schädigung anderer Insektenarten ist Herrn Prof. Dr. Wiesler bisher nicht bekannt. Gemäß baden-württembergischer Studien ist diese Gefahr als sehr gering anzusehen.

Herr Schütt verweist auf eine ungarische Studie mit anderen Ergebnissen.

Frau Weiter spricht sich für die ÖDP gegen die Durchführung der Sortenversuche aus, da die Mehrheit der Verbraucher keine gentechnisch veränderten Lebensmittel wünscht und die möglichen Risiken noch nicht absehbar sind.

Herr Wierig möchte wissen, ob eine gesetzliche Zustimmung des Verpächters erforderlich ist, wenn der Pächter gentechnisch veränderten Mais anbauen möchte bzw. warum die LUFA das Einverständnis für die Wertprüfung auf dem Rinkenbergerhof benötigt. Weiterhin fragt er nach, ob bereits mit den angrenzenden Landwirten in dieser Sache Kontakt aufgenommen wurde.

Herr Prof. Dr. Wiesler führt daraufhin aus, dass für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais das Gesetz nur die Zustimmung der angrenzenden Landwirte, jedoch nicht die Zustimmung des Verpächters fordert. Die LUFA hat bereits die positive Zustimmung von Seiten des Ministeriums und des Trägers der LUFA. Aufgrund der Sensibilität der Bevölkerung im Hinblick auf das Thema „genveränderte Lebensmittel“ wünscht sich die LUFA nun auch noch die Zustimmung von Seiten der Stadt, als Verpächter des Grundstücks der Bürgerhospitalstiftung. Mit den angrenzenden Landwirten wurde bisher noch kein Kontakt aufgenommen, jedoch wird dies in einem nächsten Schritt erfolgen. Da in der näheren Umgebung kein Mais angebaut wird, werden keine Probleme erwartet.

Herr Wierig interessiert sich für die Zukunftsprognosen hinsichtlich der Gefahr einer weltweiten Monopolisierung, wenn gentechnisch veränderte Lebensmittel auf den Markt gebracht werden, und möchte wissen, ob dies eine Gefahr für die Existenz einzelner Landwirte darstellen könnte. Weiterhin fragt er nach, ob die Möglichkeit besteht, dass sich das veränderte Gen auf andere Bodenbakterien überträgt und regt an, die politische Diskussion über die Durchführung der Wertprüfung an gentechnisch verändertem Mais in den Stadtrat zu bringen.

Der Vorsitzende weist die Ausschussmitglieder auf die Möglichkeit hin, das Thema per Dringlichkeitsantrag in den nächsten Stadtrat zu bringen. Er fügt jedoch hinzu, dass auch die Meinung des Stadtrates die LUFA nicht bindet.

Herr Prof. Dr. Wiesler erklärt, dass diese Wertprüfung nicht nur in Bezug auf den genveränderten Mais durchgeführt wird, sondern in Bezug auf alle Sorten. Die Wertprüfung kann daher nur stattfinden, wenn alle 33 Sorten geprüft werden. Ohne die Durchführung dieser Gesamt-Wertprüfung würde daher ein Nachteil für die Landwirte entstehen, da diese die Auswahl der am besten geeigneten Maissorte für ihr entsprechendes Anbaugebiet ermöglicht.

Herr Prof. Dr. Wiesler sieht die Gefahr einer Monopolstellung von genverändertem Mais nicht, da auch konventioneller Mais schon aus Hybrid-Sorten besteht und durch Landwirte nicht nachgebaut werden kann. Die neuen Mais-Sorten werden keine Abhängigkeit beim Käufer hervorrufen, sondern lediglich durch ihre Leistung überzeugen, nämlich die Resistenz gegen Schädlinge.

Die Gefahr der Übertragung des Bt-Gens auf andere Bodenbakterien schließt Herr Prof. Dr. Wiesler nicht gänzlich aus. Er erklärt jedoch auch, dass die Ernterückstände, welche sich nach dem Anbau von gentechnisch verändertem Mais im Boden befinden, sehr schnell abgebaut werden.

Frau Weiter plädiert für eine Abstimmung über die Anfrage der LUFA.

Herr Dörr dankt Herrn Prof. Wiesler für die Informationen.

Herr Roßkopf erklärt sein Vertrauen in Bezug auf die Aussagen und Ansichten der Experten, in diesem Fall von Herrn Prof. Dr. Wiesler, und bringt seine Aufgeschlossenheit gegenüber der Durchführung der Wertprüfung am Rinkenbergerhof zum Ausdruck.

Herr Wierig hingegen erklärt, dass die SPD in der politischen Diskussion dem Anbau von gentechnisch verändertem Mais aufgrund der bereits erörterten Fragen generell kritisch gegenübersteht. Die gute fachliche Praxis der LUFA soll hierdurch nicht in Frage gestellt werden.

Herr Schütt bekräftigt seine Ablehnung in Bezug auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen im Freiland und begründet dies mit der rechtlichen Diskussion über die Sortenzulassung, mit der Problematik der Patentrechte sowie den generellen Risiken der Freisetzung, die eine Rückholbarkeit gentechnisch veränderter Organismen im Einzelfall

nicht gewährleistet. Er gibt zu verstehen, dass dieses Thema auch im Stadtrat behandelt werden sollte.

Herr Hanisch erklärt sein Vertrauen in den Beschluss der Politik, den gentechnisch veränderten Mais in Deutschland zuzulassen und begründet seine Aufgeschlossenheit gegenüber der Wertprüfung am Rinckenbergerhof.

Frau Ruppert erachtet den Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in der Pfalz nicht als sinnvoll und bezweifelt den ökonomischen Nutzen für Rheinland-Pfalz. Sie plädiert für eine langfristige Betrachtungsweise, auch der möglichen Fehlentwicklungen. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass die landwirtschaftlichen Flächen in der Pfalz mittlerweile sehr gering geworden sind und es jetzt schon schwer ist, natur belassene und hochwertige Produkte anzubauen.

Herr Prof. Wiesler verweist auf den zunehmenden Maisanbau in Rheinland-Pfalz und die Problematik der weiteren Ausbreitung des Maiszünslers.

Herr Walter enthält sich der Meinungsäußerung, da der zur Rede stehende Mais bereits zugelassen ist und durch Landwirte angebaut werden kann.

**Gegenstand: Forstwirtschaftsplan 2007**  
**Vorlage: 0176/2006**

Der Vorsitzende fragt zunächst, ob Fragen zum Forstwirtschaftsplan bestehen, die der Forstrevierleiter, Herr Fehr, erläutern soll.

Herr Wierig möchte wissen, welchen Hektarzahlen die Bewirtschaftungsergebnisse entsprechen. Laut Herr Fehr hat der Stadtwald eine Größe von 770 ha und der Bürgerhospitalwald 270 ha.

Nachdem keine weiteren Fragen und Anmerkungen ausstehen, wird der Forstwirtschaftsplan 2007 einstimmig beschlossen.

**Beschluss:**

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat nach eingehender Beratung, die Forstwirtschaftspläne für den Stadtwald und Bürgerhospitalwald für das Forstwirtschaftsjahr 2007 zu verabschieden. Die Forstwirtschaftspläne sind Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Speyer.

**Gegenstand: Vergabe des Umweltpreises 2006**  
**Vorlage: 0181/2006**

Nach kurzer Erläuterung der eingegangenen Bewerbungen fragt der Vorsitzende die Ausschussmitglieder nach Vorschlägen für den Gewinner des Umweltpreises.

Nach kurzer Erörterung der Bewerbungen kommen die Mitglieder des Umweltausschusses einstimmig zu dem Ergebnis, dass der Umweltpreis in diesem Jahr zu gleichen Teilen an die Kindertagesstätte Pusteblume und den Sportfischerverein „Petri Heil“ e.V. gehen soll.

**Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass der Umweltpreis in diesem Jahr zu gleichen Teilen an die Kindertagesstätte Pusteblume und den Sportfischerverein „Petri Heil“ e.V. gehen soll.

**Gegenstand: Energieeinspar-Wettbewerb an Schulen der Stadt Speyer 2006**  
**Vorlage: 0169/2006**

Herr Wunder verweist bezüglich der Wettbewerbsergebnisse auf die Vorlage und die Wettbewerbsbeiträge, die während der Sitzung ausgelegt wurden.

Herr Schütt möchte wissen, ob konkrete Ergebnisse in Bezug auf die Energieeinsparungen an den Schulen in Speyer vorliegen.

Der Leiter der Bauverwaltung, Herr Ritter, der an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, teilte diesbezüglich im Nachhinein mit, dass bei allen drei Preisträgern Energieeinsparungen zu verzeichnen sind. Detaillierte Aussagen sind jedoch zurzeit noch nicht möglich, da in den Berichten die gesamten Schulanlagen (Schule, Turnhalle, Hausmeisterwohnung usw.) zusammengefasst wurden. Um zukünftig genauere Ergebnisse zu erhalten, sollen jedoch nach Möglichkeit die Schulen und die Kindertagesstätten separat betrachtet werden.

**Gegenstand: Geplante Maßnahmen an geschützten Bäumen und sonstige  
Baumfällungen 2006/2007  
Vorlage: 0177/2006**

Zu diesem Thema wurde den Ausschussmitgliedern mit der Einladung eine Vorlage zugesandt. In der Vorlage sind die Maßnahmen an geschützten Bäumen und die geplanten Baumfällungen für das Jahr 2006 und 2007 aufgeführt.

Herr Wierig möchte wissen, welche von den betroffenen Bäumen geschützt sind. Daraufhin erklärt Herr Schwendy, dass von den aufgeführten Bäumen nur ein Baum einzeln und die anderen flächenmäßig geschützt sind. Es handelt sich bei dem geschützten Baum um eine als Naturdenkmal ausgewiesene Silberweide an der Speyerbachmündung am Sea Life, die ungefähr zwischen 130 und 140 Jahre alt ist und somit ihr maximales Alter erreicht hat. Am betroffenen Baum ist ein massiver Befall von Schwefelporling festzustellen, so dass die bereits porös gewordene Baumkrone droht, in den Speyerbach zu stürzen. Sollte die Silberweide umstürzen, ist es nicht auszuschließen, dass sie in den Rhein gelangt und somit eine Gefahr für die Schifffahrt und sämtliche Baulichkeiten am Rheinufer darstellt bzw. im Zusammenhang mit einem Hochwasserfall Überstauungen im Speyerbach verursachen kann. Eine Gefahr für Leib und Leben geht jedoch von der Silberweide nicht aus.

Auf Anfrage von Herrn Wierig wird beschlossen, einen Teil des Stumpfes solange stehen zu lassen, wie dieser keine Gefahr darstellt.

Herr Schwendy spricht eine Anfrage in der Bürgersprechstunde beim Oberbürgermeister an. Anwohner der Viehtriftstraße erkundigten sich über die Möglichkeit, zwei geschützte Linden zurückzustutzen, um die Verschmutzung durch abgefallenes Laub, Blüten und Äste einzuschränken. Herr Schwendy sieht jedoch keinen Grund für einen solchen massiven Rückschnitt. Der Ausschuss bestätigt diese Meinung.

**Gegenstand: Standortfrage Forstbetriebshof**  
**Vorlage: 0187/2006**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und schlägt vor, den Forstbetrieb an seinem alten Standort zu belassen und dort einige Modernisierungen und Verbesserungen vorzunehmen und gleichzeitig den ursprünglich geplanten Standort, das ehemalige Munitionslager im Schifferstädter Wald, aufzugeben und zu renaturieren.

Der Grund für die damals geplante Standortänderung war das Interesse einer großen Firma, sich auf dem Gelände des Forstbetriebes anzusiedeln. Dieses Interesse besteht jedoch heute nicht mehr.

Genauere Kostenkalkulationen für die Modernisierung des alten Standorts liegen bisher noch nicht vor.

Der Vorschlag, den alten Standort beizubehalten und das ehemalige Munitionslager zu renaturieren, wird mit einer Enthaltung beschlossen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung empfiehlt den Beschluss zur Umsiedlung zurückzunehmen.  
Das ehemalige Munitionslager soll wieder in den Wald integriert werden.

**Gegenstand: Verschiedenes**

**1.**

Herr Wierig hat eine Anfrage in Bezug auf ein Schreiben der Abteilung Umwelt und Forsten an eine Familie aufgrund einer Beschwerde wegen störendem Kinderspiel (Ballspiel gegen Garagentore und Hauswände) und möchte wissen, ob das Einschalten der Behörde in diesem Fall notwendig ist oder ob dies nicht in nachbarschaftlicher Weise geregelt werden sollte.

Frau Kruska stellt in diesem Zusammenhang kurz die Arbeit der Abteilung Umwelt und Forsten in Verbindung mit dem Landesimmissionsschutzgesetz vor und erläutert kurz die Menge der Beschwerden, die jährlich in dieser Abteilung eingehen. In Bezug auf dieses Schreiben erklärt Frau Kruska, dass zunächst immer versucht wird, die Bürger dazu zu bewegen, eine einvernehmliche Lösung mit den Nachbarn untereinander zu finden. In diesem speziellen Fall sprach eine Nachbarin persönlich vor und schilderte den Sachverhalt so, dass aus objektiver Sicht ein Handlungsbedarf ersichtlich war, da es sich um vermeidbaren Lärm handelte.

Herr Wierig regt an, dass gerade bei Beschwerden im Zusammenhang mit Kinderspiel mehr Abwägung und Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Betroffenen stattfinden sollte.

**2.**

Frau Kruska verweist auf die Sitzung des Umweltausschusses am 02.06.2006, in welcher der Umweltausschuss die Stadtverwaltung um Prüfung eines Computerprogramms zur Modellierung von Feinstaubbelastungen gebeten hat.

Danach folgt eine kurze Vorstellung des Programms durch Herrn Dr. Schwarz. Dieses Programm (IMMIS Immission, Lärm und Luft) wird durch das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht an Kommunen zur Erstellung von Modellierungen zur Feinstaubbelastung in ausgewählten Straßenzügen verliehen. Es dient zur orientierenden Abschätzung von Immissionen in der Innenstadt.

Frau Kruska sieht in der Einführung des Programms grundsätzlich einen Vorteil, da das Programm die Möglichkeit bietet, verkehrliche Maßnahmen oder Maßnahmen in Verbindung mit der geplanten Neugestaltung des St.- Guido-Stifts-Platzes im Voraus auf die Auswirkungen hin zu überprüfen. Der Nachteil des Programms ist jedoch, dass es sehr aufwendig zu bedienen ist, viele differenzierte Daten erhoben werden müssen und daher die Arbeit durch die Mitarbeiter nebenher kaum zu schaffen ist. Möglicherweise könnte jedoch eine freie Mitarbeiterin, die vom Landesamt empfohlen wurde und das Programm bereits für die Stadt Ludwigshafen bearbeitet hat, diese Arbeit als zeitlich befristete Honorarkraft übernehmen.

11. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Speyer am 09.11.2006



11. Sitzung des Umweltausschusses 09.11.2006 **Rolf Wunder**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!